Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 267. Donnerstag den 29. Mai 1902. 96. Jahrgang.

Der russisch-englische Eisenbahnstreit in China.

v. S. Der Gegensatz zwischen Rußland und Großbritannien im Osten Asiens hat eine plötzliche Verschärfung erfahren. England hat, wie kürzlich gemeldet wurde, zwei Eisenbahnabkommen mit China geschlossen, die einerseits die Linie Peking-Schanhaikwan und andererseits die Strecken Tungtschau-Tangschan, Tientsin-Pautingfu und Peking-Kalgan dem britischen Einfluß unterstellen sollen. Darauf läuft jedenfalls die Bestimmung hinaus, welche alle Bahnen, die innerhalb einer Entfernung von 30 Meilen von der bestehenden Linie errichtet werden, der Verwaltung der nördlichen Eisenbahnen überträgt und der Controle der auswärtigen Mächte entzieht. **Als Rußland durch seinen Gesandten dagegen protestirte, that man in Peking, was** man auch früher bei derartigen Gelegenheiten gethan hat: die betreffenden Beamten, die den Vertrag mit England unterzeichneten, wurden desavouirt, und der britische Gesandte wurde gebeten, in eine nochmalige Prüfung der Vereinbarung zu willigen, „um Rußland zu beruhigen". So steht nun im Augenblick die Sache, und die weitere Entwickelung wird vom Verhalten der englischen und russischen Diplomatie abhängen.

Betrachtet man die Richtung der verschiedenen, von England in Anspruch genommenen Bahnen, so erkennt man alsbald, daß der Vertrag den Briten die Herrschaft über die Hauptlinien, die nach Peking führen, sichern würde. Die Hauptstadt Chinas wäre von allen Seiten von englischen Eisenbahnen umgeben, und die Verbindung mit dem Golfe von Petschili, wie auch die mit dem Inneren des Landes würde ausschließlich durch Engländer geleitet. Es ist vollkommen begreiflich, daß man in Petersburg über diesen Schachzug einigermaßen aufgeregt ist und anscheinend Alles daran setzen will, um ihn zu durchkreuzen. Der Uebergang der Linie Peking-Schanhaikwan in englische Hände würde den Werth der mandschurischen Linie, die gerade Peking der zarischen Machtsphäre näher bringen sollte, erheblich mindern. Sie ist in gewissem Sinne doch nur die südöstliche Fortsetzung der letzteren, und Rußland hätte keine Mühe gescheut, um sie ebenfalls seinem ausschließlichen Einfluß zu unterstellen.

Aber das ist im Augenblick nicht die Hauptsache. Bevor die Russen daran denken konnten, ihre Oberherrschaft bis in die Nähe von Peking auszudehnen, mußten sie bedacht sein, den ganzen Norden des Reiches der Mitte ihrem unmittelbaren Einfluß zu unterstellen. Dazu sollte ihnen vor Allem eine Eisenbahnlinie von Peking nach Kiachta verhelfen, derentwegen früher verhandelt worden ist, die Kalgan und Urga berühren und für die Mongolei ungefähr die gleiche Bedeutung erhalten sollte, wie die ostchinesische Linie für die Mandschurei. Wenn England nun wirklich die Genehmigung zur Anlage eines Schienenweges zwischen Peking und Kalgan erhält, so ist es klar, daß Rußlands Plan damit zu Grunde gerichtet ist. Man darf daher annehmen, und das geht auch aus den Aeußerungen der Petersburger Blätter hervor, daß die zarische Diplomatie vor Allem ihr Augenmerk darauf richten wird, den Bahnbau Peking-Kalgan den Händen der Engländer zu entziehen.

Eine Eisenbahnlinie Peking-Kiachta bedeutet indeß für das Zarenreich nicht nur die Erfüllung der durch seine Eroberungspolitik bedingten Forderungen, sondern sie wäre auch wirthschaftlich mit bedeutenden Vortheilen verknüpft. Kiachta ist bekanntlich der Mittelpunct des russischen Theehandels in Asien. Schon seit 1727 versandte das Zarenreich von dort seine Karawanen mit Fellen, Gold und Silber nach Peking, und ließ auf der Rückkehr Thee heimbringen. Dieser Handel mit Thee nahm allmählich einen immer größeren Umfang an. Von Hankau gelangte die Waare über Tientsin nach Kalgan, wo sie auf Kameele verladen und über Urga nach Kiachta befördert wurde. Aus letzterer Stadt sandte man den Thee alsdann nach Irkutsk, von wo er nach Irbit und hierauf nach Nischny-Nowgorod transportirt wurde. Die Kosten dieser Reise wurden aber allmählich derart hoch, daß sie kaum zu bezahlen waren, und man begrüßte deshalb freudig die Entwickelung des Oceanverkehres, der sich rasch der Theebeförderung nach Europa bemächtigte. Kiachta verlor in Folge dessen viel von seiner ursprünglichen Bedeutung, und erst im Laufe der letzten Jahre, nach Eröffnung der großen sibirischen Bahn, hat es wiederum angefangen, ein wichtiger Stapelplatz für Thee zu werden.

Wir sehen also, daß Rußland auch ohne sein Eroberungsgelüste genügend Ursache zur Herstellung einer raschen und bequemen Verbindung zwischen Peking und Kiachta hat. Die Chinesen haben den russischen Protest auch vermuthlich deshalb anerkannt, weil frühere Vereinbarungen die Einflußsphäre des Zarenreiches bis über Kalgan ausdehnen.

Jetzt wäre die Frage, wie England den Umschwung der Pekinger Regierung auffaßt, und ob es wirklich darauf eingeht, die Eisenbahnabkommen zu revidiren. Daß man in London die Sache sorgfältig vorbereitet hat, ergiebt schon der Umstand, daß Japan gleichzeitig einen bemerkenswerthen Vorstoß nach Norden gemacht hat. Es will die Linie Fusan-Söul bis zur Grenze der Mandschurei ausdehnen und scheint bereits die erforderliche Genehmigung erhalten zu haben. Das südöstliche Sibirien würde auf diese Weise zwischen ein englisch-japanisches Eisenbahnviereck gepreßt, wodurch dem Süden der Mandschurei der Charakter einer russischen Einflußsphäre genommen und der Amurhandel zum Theil in die Hände der Japaner gespielt werden würde. **Man muß aus dem Allen schließen, daß England** jetzt mit größerer Entschiedenheit, als während der Dauer der letzten zwei Jahre, seinen chinesischen Interessen nachgehen will. Rußlands Stellung ist ohne Frage schwieriger geworden, namentlich jetzt, da England im Begriff steht, im Süden Afrikas Frieden zu schließen. Trotzdem wollen wir vorläufig noch nicht an den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges glauben. Rußland und England haben beide jedenfalls Gründe in Menge, eine Auseinandersetzung mit den Waffen zu scheuen. Sie werden sich bemühen, einen Ausgleich herzustellen, und werden ihn schließlich wohl auch finden. **Wer dabei dann die meisten Vortheile erzielt, läßt** sich, seitdem die Engländer an Japan einen kräftigen Halt besitzen, noch nicht bestimmen. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber wohl dafür, daß Rußlands Diplomaten, Dank ihrer Geschicklichkeit, am Ende wieder, wie oft in der Vergangenheit, die Sieger bleiben.

Der Krieg in Südafrika.

Friedensverhandlungen.

Der „Standard" erfährt, daß, obwohl verschiedene Fragen angeregt worden sind, deren Lösung Schwierigkeiten verursacht, ein unüberwindliches Hinderniß für den Friedensschluß nicht entstanden ist. Die allgemeine Ueberzeugung, daß der Frieden vereinbart werden würde, bleibe unerschütterlich, aber es dürften noch mehrere Tage verstreichen, ehe das Ergebniß der Unterhandlungen förmlich angekündigt werden könne.

Wie „Central News" erfährt, bestehen die Boeren auf der Forderung, ihre Waffen zu behalten, was die britische Regierung beharrlich verweigert.

Der Correspondent der „Times" in Pretoria telegraphirt, daß der Optimismus hinsichtlich des Ausganges der Friedensunterhandlungen nicht unbegründet sei; aber so lange die Conferenz in Vereeniging nicht gesprochen hätte, wäre es nicht weise, allzu hoffnungsvoll zu sein. Die Boerenführer nähmen nicht länger eine unmögliche Haltung an; sie betheuerten, daß sie ihre Wünsche den Delegirten in Vereeniging nöthigenfalls aufdrängen würden.

Die englischen Verlustziffern in Wirklichkeit.

Als Beweis für die notorische Unwahrheit der amtlichen englischen Berichte über die Lage auf dem Kriegsschauplatz konnten wir unter Anderm auch wiederholt den fortgesetzten Widerspruch in den officiellen Angaben des englischen Kriegsministeriums über die Abgänge im englischen Heere in der monatlichen Table of Casualties einerseits und den täglichen Verlustlisten andererseits anführen. So hätten nach der ersteren die Abgänge während des zweiten Halbjahrs 1901 827 Officiere und 16 604 Mann betragen, während sie nach den letzteren, also annähernd in Wirklichkeit, 1787 Officiere und 39 578 Mann umfaßt haben, was einen Unterschied von 960 Officieren und 12 974 Mann zum Schaden der Stärke des gegen die Boeren kämpfenden Heeres ausmacht.

Für den Monat Januar 1902 weisen die monatliche Table of Casualties an Abgängen 119 Officiere 3050 Mann, die täglichen Verlustlisten dagegen 390 Officiere und 6035 Mann auf, woraus sich wiederum der recht ansehnliche Unterschied von 241 Officieren und 3005 Mann ergiebt.

Mit den Abgängen im Monat Februar 1902 verhält es sich ähnlich. Nach der monatlichen Table of Casualties haben sie 179 Officiere und 3446 Mann, nach den täglichen Verlustlisten dagegen 319 Officiere und 5458 Mann betragen; der Unterschied beträgt also hier 140 Officiere und 2007 Mann.

Ganz außerordentlich auffallend ist der Unterschied für den Monat März 1902. Bei einem Ausweis von 170 Officieren und 3579 Mann in der monatlichen Table of Casualties und 408 Officieren und 10 107 Mann in den täglichen Verlustlisten beträgt er hier 283 Officiere und 6528 Mann.

Für den Monat April 1902 stellt sich der Widerspruch in den Angaben über die Abgänge wie folgt dar:

Amtliche Angaben des englischen Kriegsamts.

	Monatliche Table of Casualties: Officiere	Monatl. Mannsch.	Tägliche Verlustlisten: Offic.	Mannsch.
Getödtet	14	99	18	204
Tödliche Unglücksfälle	1	90	—	—
Verwundet	55	447	58	535
An Wunden gestorben	5	41	4	40
An Dysenterie gestorben	15	261	11	272
Vermißt bez. kriegsgefangen	1	17	1	65
Heimgesandt	69	2631	275	4429
	184	3586	365	5565

Die Abgleichung dieser Zahlen ergiebt abermals eine amtliche Unterschlagung von 181 Officieren und 1979 Mann.

Vom Juli 1901 bis zum Mai 1902 beträgt also der Unterschied 1655 Officiere und 27 008 Mann.

Diese Unterschlagung bildet eines jener Mittel, die militärischen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, sofern sie nachtheilig für die englischen Waffen sind, der öffentlichen Kenntniß entweder ganz zu entziehen oder sie doch wenigstens arg zu entstellen. Die egoistischen Zwecke, die die englischen Machthaber damit verfolgen, sind verschiedener Natur. Vor Allem soll den Boeren im Felde wie ihren Vertretern in Europa der Glaube an die Aussichtslosigkeit ihrer Sache beigebracht und damit ein Nachgeben um jeden Preis erreicht werden. Weiter benöthigt man diesen oder jenen Sieg der britischen „übermächtigen" Waffen zur Täuschung des eigenen Volkes und seiner Vertreter, um die Mittel zur Fortsetzung eines ruhm- und erfolglosen Krieges bewilligt zu erhalten. Hand in Hand damit geht die Beeinflussung der allgemeinen politischen Lage zu Ungunsten der Boeren, sowie des europäischen Geldmarktes, auf dem die Londoner Hochfinanz durch Hausse- und Baisse-Speculationen aller Art die unsaubersten Geschäfte treibt.

Deutsches Reich.

§ **Berlin**, 28. Mai. (Das Reichsjustizamt und die welfische Agitation.) Die welfische „Vaterländische Volksztg." bringt das Reichsjustizamt in einen seltsamen Zusammenhang mit der welfischen Agitation. Das genannte Blatt macht nämlich Mittheilungen aus einem Briefe, den angeblich ein höherer Beamter des Reichsjustizamtes an einen braunschweigischen Richter in Sachen der welfischen Ansprüche auf das Herzogthum Braunschweig und die Haltung der braunschweigischen Regierung, sowie der Justizcommission des braunschweigischen Landtages gegenüber diesen Ansprüchen gerichtet hat. Dem fraglichen Briefe zufolge sagt der „hochgestellte Reichsjustizbeamte", daß die bekannte Denkschrift des braunschweigischen Staatsministeriums „beim Reichsjustizamte ein allgemeines und gewaltiges Kopfschütteln hervorgerufen" habe; alle Schlußfolgerungen, so heißt es weiter, welche die Denkschrift und die Justizcommission des braunschweigischen Landtages an ihre „verkehrten" Rechtsansichten geknüpft hätten, „würden deshalb im Reichsjustizamt und zweifellos auch vom ganzen Bundesrathe gemißbilligt". Das braunschweigische Welfenblatt ist höchlichst erfreut über diese „Desavouirung" der braunschweigischen Regierung und der braunschweigischen Landtagscommission und entnimmt daraus die Lehre, daß die Welfen trotz der „Todtengräberarbeit" ihrer braunschweigischen Landsleute „mit Zuversicht" in die Zukunft blicken können. — Die obigen Angaben aus dem angeblichen Briefe eines hochgestellten Reichsjustizbeamten tragen den Stempel der Erfindung so offenkundig an sich, daß die Naivetät ihres Urhebers und ihres Colporteurs auffallend genug ist. Aber da das braunschweigische Welfenblatt ausdrücklich betont, die Erlaubniß des Briefschreibers zur Veröffentlichung eingeholt zu haben, wird sich das Reichsjustizamt zur Sache äußern müssen. Denn glückt es den welfischen Agitatoren einmal, durch Ausstreuung derartiger Behauptungen die welfische Agitation zu beleben, so wird das Beginnen fortgesetzt werden und gerade durch das Ausspielen hoher Reichsbeamter zu Gunsten der welfischen Bestrebungen in den „rechtsparteilich" verwirrten Köpfen erst recht Unheil anrichten. Hier heißt es demnach: „Principiis obsta", damit nicht durch stillschweigende Duldung der Glaube hervorgerufen werde, daß Reichsverwaltungsbeamte straflos als Förderer des Welfenthums auftreten dürfen.

□ **Berlin**, 28. Mai. (Rom und de Luca.) Auch in Rom scheinen die führenden Geister des Klerikalismus eine zutreffende Vorstellung von dem Eindrucke bekommen zu haben, den die menschenfreundliche Doctrin des Jesuiten de Luca über die Nothwendigkeit, an Ketzern die Todesstrafe zu vollziehen, in Deutschland gemacht hat. „Römische kirchliche Kreise" zeigen sich daher in der literarischen Beilage eines leitenden deutschen Centrumsblattes für die wissenschaftliche Abschlachtung des Jesuiten de Luca ungemein thätig. Sie sprechen de Lucas „Institutionen jede Spur einer wissenschaftlichen Methode ab, lassen einfließen, daß Jesuiten ihm den Rath gegeben hätten, sein Buch nicht zu veröffentlichen, können nicht einsehen, warum man sich über das Opus gar zu sehr aufregen soll, und sagen schließlich: „In Rom wird das Werk wenig gekauft, noch weniger gelesen, ja in fachwissenschaftlichen Kreisen gänzlich ignorirt. Der Verfasser hat neuerdings, als Verfasser des kanonischen Rechtes, einen Commentar zum zweiten Buche der Decretalen (kirchliches Gerichtsverfahren), sowie lithographirte Commentare zum 4. und 5. Buch (Eherecht und kirchliches Strafrecht) herausgegeben, Werke, die ebenfalls nicht auf der Höhe der Zeit stehen; namentlich das 5. Buch ist sehr oberflächlich bearbeitet." — Die offenbare Gefliffentlichkeit, mit der hier de Lucas weitere Werke als unwissenschaftlich abgethan werden, nöthigen zu der Vermuthung, daß auch in ihnen Perlen jesuitischer Denkungsart in Fülle vorhanden sind. Die deutschen gelehrten Fachmänner thäten daher gut, wenn sie auch die sonstigen Schriften de Lucas einer kritischen Durchsicht unterzögen.

phr. **Berlin**, 28. Mai. Der deutsch-russische Verein, der den Zweck hat, die handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Reichen herzustellen und zu erweitern, hat jüngst in Köln eine Mitgliederversammlung abgehalten. Seiner ganzen Zusammensetzung nach kann dieser Verein den Anspruch erheben, als Niederschlag der besten Informationen zu gelten. Da ist es denn bemerkenswerth, daß er selbstverständlich für Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit Rußland und für einen günstigen Handelsvertrag mit jenem Reiche eintritt, in welchem Bestreben wohl alle Deutschen einig sind; aber der deutsch-russische Verein betonte auch durch einen seiner Redner, daß man damit noch keinen Handelsvertrag à tout prix wolle. Daran schloß sich weiter die Aeußerung, daß zur Zeit unsere Ausfuhr nach Rußland nur ganz unbedeutend ist und daß wir im Jahre 1901 etwa für 350 Millionen Mark weniger an Rußland verkauft haben, als Rußland an uns. Ein Drittel der gesammten Ausfuhr Rußlands bezieht das deutsche Reich. Nach diesen Verhältnissen darf und muß unsere Stellung in den Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland eingerichtet werden. Es kommt noch hinzu, daß die besten Kenner des Landes behaupten, nicht nur die Landwirthschaft, sondern auch die Industrie Rußlands sei seit Jahren durch und durch krank und alle Illusionen über einen ungeheuren Aufschwung der russischen Industrie seien gründlich zerstoben. Rechnet man noch die Thatsache hinzu, daß Schwierigkeiten aller Art, die man unserer Einfuhr bereitet, den in Frage kommenden Kreisen in Deutschland schon sehr ernstlich die Frage nahe gelegt haben, ob bei so geringem Verdienst und bei dem großen Risiko auf die Ausfuhr nach Rußland überhaupt noch Gewicht zu legen sei, so ergiebt sich aus all' diesen Verhältnissen, daß bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Rußland wir die besten Karten in der Hand haben und dementsprechend Stellung nehmen können. Das mag den Herren auf der freihändlerischen Seite, die so warm die Sache des Auslandes wahrnehmen und dieses so gut mit Rathschlägen unterstützen, auch insofern sie unsere Stellung als ungünstig schildern, recht unangenehm sein, aber es ist nun einmal so.

§ **Berlin**, 28. Mai. (Fragwürdige Taktik.) Ein conservatives Blatt theilt einen eigenthümlichen Fall militärischer Einquartierung mit. Darnach hat vor zwei Jahren ein socialdemokratischer Gastwirth zwei Soldaten als Einquartierung erhalten; nach wenigen Stunden aber wurden diese Soldaten fortgerufen und anderwärts untergebracht, weil man sich der socialdemokratischen Gesinnung des Gastwirths erinnerte. Als er vor Kurzem wieder Einquartierung erhielt, richtete er an die Commandantur ein Schreiben, in dem er auf seine socialistische Gesinnung hinwies und daß — nachdem noch zuvor eine seierliche Localbesichtigung stattgefunden hatte, die den socialistischen Charakter des Eigenthümers zweifellos darthat — seine Befreiung von der Einquartierung zur Folge hatte. Im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges und noch später unter Ludwig XIV. (Dragonaden) waren Zwangseinquartierungen ein beliebtes Mittel, um unbequeme Gegner zu drangsaliren und kirre zu machen. Wir wollen dies nicht loben, und eine Einquartierung heutzutage ist ja auch weit weniger lästig, als in jenen Zeiten. Eine gewisse Last aber bedeutet sie für den Quartiergeber doch auch noch heute. Wird also die Nichtbelegung der Häuser von Socialisten mit Einquartierung zum Grundsatze erhoben, so wird auf socialistische Gesinnung gewissermaßen eine Prämie gesetzt. Wenn dort, wo noch sogenannte Bürgerquartiere existiren, Soldaten nicht dauernd bei einem anerkannten Socialdemokraten wohnen sollen, so ist dies begreiflich und berechtigt; wenn sie aber vorübergehend einen oder zwei Tage bei einem Socialdemokraten Quartier nehmen, so wird dadurch ihre vaterlandstreue Gesinnung nicht vernichtet werden, oder aber sie ist so unsicher begründet, daß sie nichts werth ist und ohnehin früher oder später verloren gehen würde. Die Soldaten während ihrer Dienstzeit vollkommen von der Berührung mit der Socialdemokratie abzuschließen, ist unmöglich, sonst dürfte man ihnen beispielsweise auch keinen Feiertagsurlaub geben.

⊙ **Berlin**, 28. Mai. (Telegramm.) Der Reichskanzler Graf **v. Bülow** empfing heute den Präsidenten der Ansiedelungscommission für Westpreußen und Posen Dr. von Wittenburg zu einer längeren Unterredung.

⊙ **Döberitz**, 28. Mai. (Telegramm.) Das diesjährige Exerciren der Kaiser-Brigade hielt der **Kaiser** heute auf dem Döberitzer Truppen-Uebungsplatze ab. Die Brigade (2. Garde-Regiment zu Fuß, 4. Garde-Regiment zu Fuß und Garde-Füsilier-Regiment) stand mit den directen Vorgesetzten und der Generalität um 9 Uhr bei dem Dorfe Ferbitz. Der Kaiser, der vom Neuen Palais her mit Vierer-Gespann eintraf, stieg in Ferbitz mit den Herren des Hauptquartiers zu Pferde und besichtigte die Brigade, die hierauf unter dem Commando des Kaisers exercirte. Von 10 Uhr ab führte der Kaiser die Brigade in einem längeren Feuergefecht gegen einen Feind, den das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth, das 5. Garde-Regiment zu Fuß und das 5. Garde-Grenadier-Regiment bildete. Auf beiden Seiten waren Artillerie und Cavallerie mit herangezogen. Der Feind nahm schließlich eine Stellung südlich vom dem Dorfe Dallgow ein, welche die Kaiser-Brigade von Süd-Osten her angriff. Nach zwölf Uhr war das Gefecht beendet. Der Kaiser hielt Kritik ab und nahm einen Vorbeimarsch sämmtlicher betheiligter Truppen ab. Auf einem in der Nähe des Barackenlagers gelegenen Hügel innerhalb des Uebungsplatzes war in Zelten ein Frühstück bereitet, das der Kaiser mit dem Officiercorps der Brigade einnahm. Am Nachmittag kehrte der Kaiser vom Bahnhof Dallgow-Döberitz aus im Sonderzuge nach Berlin zurück. Auf dem Wege zum Bahnhof hatte der Kriegerverein mit der Fahne und die Schulkinder von Dallgow Aufstellung genommen, diese, sowie ein zahlreiches Publicum begrüßten den Monarchen mit begeisterten Hochrufen. Das Wetter war sehr schön.

-s- **Halle a. S.**, 28. Mai. In einer gestern Abend gehaltenen Versammlung der Maurer wurde beschlossen, bei den Mitgliedern des hiesigen Verbandes der Bauunternehmer heute überall da, wo 50 Pfg. Stundenlohn nicht gezahlt werden, die Arbeit niederzulegen. Dieser Fall ist auch heute Morgen eingetreten, da die Bauunternehmer bei ihrer Weigerung, nicht mehr als höchstens 48 Pfg. pro Stunde zu zahlen, beharren. Die Bauarbeiter, die dadurch mitstreiken müssen, sind zumeist über den Beschluß der Maurer ungehalten. Sie halten heute Abend eine Versammlung ab. In Frage kommen 22 Bauunternehmer.

‡ **Sondershausen**, 27. Mai. Der Geh. Staatsrath Budde hier scheidet aus dem Ministerium des Fürstenthums aus, um in die Direction der Pommerschen Hypothekenbank zu Berlin einzutreten. Die Finanzabtheilung im Ministerium wird dem Landrath Geh. Regierungsrath Schmink aus Arnstadt übertragen werden, während Geh. Regierungsrath Bauer hier die Abtheilung des Ministeriums des Innern übernimmt.

* **Cassel**, 28. Mai. Die Dachdecker sind in den Ausstand getreten. Sie fordern die zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung. Die Meister verhalten sich ablehnend.

r. **Gera**, 28. Mai. Die Feier des 70. Geburtstages des Fürsten Heinrich XIV. von Reuß j. L. wurde gestern Abend mit einem Zapfenstreich und mit einem Commers der vereinigten Krieger- und Militärvereine von Gera und Umgegend eingeleitet. Heute früh fand Actus in den Schulen, dann Kirchgang für das Militär, Parade und am Nachmittag ein Festessen statt, bei dem Staatsrath Graefel die Festrede hielt. Die angeblich geplante Amnestie ist, wie schon telegraphisch gemeldet, nicht eingetreten. Dagegen sind eine Reihe von Auszeichnungen verliehen worden.

⊙ **Stuttgart**, 28. Mai. (Telegramm.) In der Kammer der Abgeordneten wurde heute mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der angesichts des Arbeitermangels auf dem Lande eine möglichst weitgehende Beurlaubung von Soldaten während der Ernte und die thunlichste Vermeidung der Einberufung von Mannschaften des Beurlaubtenstandes während der Erntezeit verlangt.

* **München**, 27. Mai. Unter dem Eindrucke der Münchner Kindl-Keller-Versammlung, in der das Centrum seinen Beruf zur Einbringung eines Toleranzantrages

SLUB
Wir führen Wissen.